

VERTEIDIGUNG**(33) VBA: Schwierigkeiten mit der Ideologie und weitere Modernisierung**

Seit Monaten ist in der chinesischen Presse die Klage über einen "tiefgreifenden Einfluß des Ultra-linksurses" auf die Armee zu lesen. Gegenwärtig kommt es daher - gemäß Radio Peking (SWB, 18.7.79) - auf zweierlei an, nämlich erstens, den Offizieren und Mannschaften deutlich die gegenwärtige Politik in ihrer objektiven Determiniertheit und zweitens die objektiven Auswirkungen bei der Durchführung dieser Politik klarzumachen. Die Soldaten stellen bei den Studienkursen bohrende Fragen, z.B.:

- Sollen wir weiterhin den Klassenkampf zum Hauptkettenglied nehmen, oder sollen wir den Produktionskampf als zentrale Aufgabe ansehen? Antwort: Nach der Befreiung sei in Städten wie z.B. in Schanghai die Bourgeoisie noch überall am Wirken gewesen. Inzwischen hätten sich die Eigentumsverhältnisse grundlegend geändert. Heute sei das Volk Eigentümer. Es gehe nun darum, die Grundbedingungen für die endgültige Liquidierung der alten Sitten und Denkweise zu schaffen. Der Weg dorthin aber führe über erhöhte Produktion.

- Wenn wir den Klassenkampf nicht mehr als Hauptkettenglied nehmen, heißt das, daß es überhaupt keinen Klassenkampf mehr geben soll? Antwort: Selbstverständlich gebe es immer noch Klassen und deshalb könne auch auf Klassenkampf nicht ganz verzichtet werden, doch dürfe man Haupt- und Nebenwidersprüche nicht miteinander verwechseln. Der Klassenkampf sei sekundär.

- Worin besteht das Kriterium dafür, ob der Klassenkampf noch nötig ist? Antwort: Es gebe nur ein einziges objektives Kriterium, nämlich, ob der Klassenkampf die Produktivkräfte befreien kann und ob er die Produktion vorwärts bringt. Ein Klassenkampf, der den Produktionsfortschritt unterminiert, ist falsch und reaktionär.

- Ist es möglich, die erhabenen Ideale des Kommunismus überhaupt noch aufrecht zu erhalten, wenn man den Produktionskampf ins Zentrum rückt? Antwort: Kommunismus ist erst möglich, wenn eine wirklich breite Produktionsmittelbasis vorhanden ist (Radio Schanghai, SWB, 19.7.79).

Für Zweifler bleiben immer noch die Mittel der Disziplin und des Gehorsams. Im Berichtszeitraum wurde der dreijährige Todestag von Marschall Zhu Te, dem Mitbegründer der VBA, am 6. Juli gerade im Zeichen dieser Disziplin gefeiert (RMRB, 6.7.79). Als Modelle für Heldenmut und Disziplin werden auch vier Monate nach Beendigung des Vietnamfeldzugs immer noch die "Helden des Gegenangriffs" herausgestellt, die von einer Stadt zur andern reisen und dort Ansprachen halten. Die Soldaten haben nicht nur selbst - wenn dies überhaupt noch nötig ist - Disziplin zu erlernen, sondern vermitteln auch Disziplin. Ein Grenzbataillon in Tibet beispielsweise war längere Zeit damit befaßt, die Han-Kader in dieser Autonomen Region in Fragen der richtigen Nationalitätenpolitik zu erziehen (XNA, 8.7.79).

Während die VBA so einerseits mit Ideologieproblemen geplagt ist, gehen auf der anderen Seite die technischen Modernisierungsbemühungen fort. Den japanischen Besuchern wurde in Peking versichert, daß China seine Militärstreitkräfte weiter ausbauen

wolle, daß jedoch der Anteil der Militärausgaben am Gesamthaushalt nicht den derzeitigen Satz von 18% übersteigen soll. Auch seine Politik, Pilotprojekte vom Ausland anzukaufen, will China in bescheidenem Maße fortführen. Vor allem drängt China auf Lieferung des britischen Harrier-Senkrechtstarters. Dies war nicht zuletzt eine der wichtigsten Ziele der Visite des stellvertretenden chinesischen Generalstabschefs Yang Yung in London.

Mitte Juli wurde bekannt, daß China bereits am 19. Juni eine Langstreckenrakete getestet hatte, die ein "mehrere 1000 km entferntes Ziel" erreicht habe. Vermutlich wurde die Rakete auch diesmal vom chinesischen Cape Kennedy in der Provinz Jilin aus gestartet und wahrscheinlich in Richtung Xinjiang abgefeuert.

In der Zwischenzeit hat Peking auch den Start eines neuen Satelliten angekündigt. Dieser neunte chinesische Satellit werde der wissenschaftlichen Beobachtung dienen.

- we -

AUSSENWIRTSCHAFT**(34) Beträchtliches Defizit im chinesischen Außenhandel in der ersten Jahreshälfte 1979**

Folgende Zahlen für das erste Halbjahr 1979 wurden von der chinesischen Nachrichtenagentur herausgegeben:

Außenhandel der VR China (in Mrd.Yuan)

	1977	1978	1979 (Plan)	geplanter Zuwachs in % 79/78
Insgesamt	27,24	35,50	44,00	+ 23,9
Chinesische Ausfuhren	13,96	16,76	19,20	+ 14,6
Chinesische Einfuhren	13,28	18,74	24,80	+ 32,3
Saldo	+0,68	-1,98	-5,60	+128,8
		1978 - 1. Halbjahr -	1979	Halbjahres- zuwachs in % 79/78
Insgesamt		14,87	21,30	+43,2
Chinesische Ausfuhren		7,49	9,50	+26,8
Chinesische Einfuhren		7,38	11,80	+59,9
Saldo		+0,11	-2,30	-

Insgesamt ist daraus ein Anwachsen des chinesischen Außenhandels um gut 43% gegenüber den ersten sechs Monaten des Vorjahres abzulesen, wobei die chinesischen Einfuhren mit rd. 60% noch stärker als die Ausfuhren anwuchsen. Bemerkenswert ist, daß das erste halbe Jahr mit einem Defizit von 2,3 Mrd.Yuan

abschließt, wogegen im ersten Halbjahr 1978 immerhin noch ein knapper Überschuß von 110 Mio. Yuan erzielt worden ist. Das jetzt veröffentlichte Defizit ist sogar 320 Mio. Yuan höher als der gesamte Fehlbetrag im letzten Jahr, macht aber gerade die Hälfte des geplanten Jahresdefizits aus.

An Einzelangaben wurden für die Einfuhr folgende Daten benannt:

Technologie, komplette Anlagen, Maschinen	+ 130%
Walzstähle, NE-Metalle	+ 83%
Kunstdünger	+ 20%
Baumwolle, Kunstfasern	+ 34%
Getreide, Speiseöl, Zucker	nicht näher quantifizierter Zuwachs

(BRu, Nr.30/79)

Der Handel der VR China mit der Bundesrepublik ergibt im 1. Halbjahr 1979 folgendes Bild:

	1. Halbjahr in Mio.DM		Veränd. in %	Ant. an der ges. Einf./Ausf. in %
	1979	1978		
Einf. aus China	420,1	361,7	16,0	0,3
Ausf. aus China	1335,2	990,2	34,8	0,8
Überschuß	915,1	628,5	45,6	-

NfA/BfA, 17.8.79

Unter den kommunistischen Abnehmerländern von Waren aus der Bundesrepublik Deutschland steht die VR China damit im 1. Halbjahr 1979 erstmals nach der Sowjetunion auf dem zweiten Platz.

- ga -

(35) Administrativer Rahmen für Gemeinschaftsunternehmen

Einen Monat nach Verabschiedung des "Gesetzes über chinesisch-ausländische Gemeinschaftsunternehmen" hat die Regierung in Peking erste Schritte unternommen, für die erwarteten ausländischen Beteiligungen neben dem juristischen auch einen administrativen Rahmen abzustecken. Bislang ist die Existenz folgender Organisationen bekannt:

- Kontrollkommission für ausländische Investitionen
- Import-Export-Kontrollkommission
- Internationale Investmentgesellschaft Chinas
- Allgemeine Verwaltung für Industrie und Handel
- Devisenkontrollkommission

Der erstgenannten "Kontrollkommission für ausländische Investitionen" kommt nach bisheriger Kenntnis über ihre Aktivitäten eine Schlüsselrolle zu. Sie wird in Zukunft die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens genehmigen oder ablehnen. Dazu werden ihr alle Vorschläge und Anträge zugeleitet, und die Kommission soll innerhalb von drei Monaten ihre Entscheidung treffen. Gemäß ihrer Schaltfunktion wird Vizepremier Gu Mu den Vorsitz führen. Als

Leiter der "Kommission für staatlichen Investbau" zeichnet er zudem an wesentlicher Stelle für alle bedeutenden Investitionsprojekte in der Volksrepublik verantwortlich. Auch bei der "Import-Export-Kontrollkommission" wird Gu Mu den Vorsitz führen. Ihre Rolle ist noch nicht näher spezifiziert. Wahrscheinlich werden ihr Aufsichtsbefugnisse über den Außenhandel zugewiesen werden.

Die "Internationale Investmentgesellschaft Chinas" ist als kommerzielle Gesellschaft für die Nutzbarmachung und Koordinierung von ausländischem Kapital und von ausländischer Technologie zuständig. Vorsitzender dieser Gesellschaft ist Rong Yiren, einer der früher bedeutendsten Geschäftsleute aus Schanghai.

In einem Interview mit der Hongkonger Zeitung New Evening Post sagte er potentiellen Investoren, daß Investitionen gern gesehen sind, die wirklich hoch entwickelt und auf die chinesischen Bedürfnisse zugeschnitten sind, besonders in der Textilindustrie und der NE-Metallindustrie und in der Touristikbranche.

Noch sei unentschieden, ob Investitionen von Überseechinesen aus Hongkong und Macao als "ausländische Investitionen" eingestuft werden (Zit. nach DGB, 12.7.79).

Zusammen mit der "Kontrollkommission für ausländische Investitionen" wird diese Investmentgesellschaft die größte Bedeutung für ausländische Investoren erhalten.

Die beiden verbleibenden Organe werden Verwaltungs- und Devisenkontrollaufgaben erfüllen (AWSJ, 2.8.79).

- ga -

(36) Amerikanische Werbeagentur als Generalagent für Anzeigen in chinesischen Fachzeitschriften

Die New Yorker Werbeagentur BNC Enterprises wird künftig das Inserieren ausländischer Firmen in chinesischen wissenschaftlichen und technischen Fachzeitschriften bearbeiten. Ein Vertrag mit diesem Inhalt wurde jetzt in Peking mit "Science Press" unterzeichnet, einer chinesischen Gesellschaft, die unter der Chinesischen Akademie der Wissenschaften 57 Zeitschriften auf Gebieten wie z.B. Psychologie, Mathematik, Physik, Automation, Elektronik, Chemie und Computertechnik herausgibt. Manche dieser Magazine haben Auflagen von nur 10.000, manche, wie z.B. die Monatschrift "Agrarwissenschaft und Experiment", erscheinen in einer Auflage von 700.000 und erreichen praktisch jede Kommune. Damit ergibt sich für ausländische Firmen erstmals die Möglichkeit, direkt potentielle Endverbraucher mit ihren Produkten anzusprechen. Der Vertrag gibt der New Yorker Agentur die alleinigen Vertretungsrechte für diese chinesischen Zeitschriften im Ausland.

Zusätzlich liefert BNC Enterprises 250 Videobandanlagen im Werte von 400.000 US\$ an China, die an die wichtigsten Städte in der Volksrepublik weitergegeben werden. Hierdurch ergibt sich für ausländische Anbieter die Möglichkeit, ihre Produkte über Videokassette einem kleinen Kreis chinesischer Interessenten vorzustellen, ohne selbst die Volksrepublik bereisen zu müssen.

Diese beiden Abschlüsse mit BNC Enterprises sind ein nächster Schritt nach der schon im Frühjahr ausländischen Firmen eingeräumten Möglichkeit, in chinesischen Zeitungen zu inserieren. Hier brachte z.B. die Diamond Shamrock Corp. am 14.4. in der

Kantoner Tageszeitung die erste Anzeige einer amerikanischen Gesellschaft.

Ende Juni hatten sich Vertreter dreier amerikanischer Werbeagenturen in China aufgehalten, um die chinesische Seite beim Absatz chinesischer Waren in den USA zu beraten (vgl. dazu C.a., Juni 1979, Ü 43; AWSJ, 31.7.79).

- ga -

(37) Textilabkommen EG-VR China mit Zustimmung Frankreichs paraphiert

Ende Juli hat in Peking erstmals der gemeinsame Ausschuß EG/VR China getagt, der mit dem am 1. Juni 1978 in Kraft getretenen Handelsabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Volksrepublik China gebildet worden war.

Auf dieser Tagung wurde - vor dem Hintergrund langwieriger Auseinandersetzungen - eine Textilvereinbarung mit fünfjähriger Laufzeit paraphiert. Es ist vorgesehen, daß China 1979 bei acht Textilerzeugnissen insgesamt 40.412 t in die neun Länder der Europäischen Gemeinschaft exportieren kann, wobei jährliche Erhöhungen dieser Quote vorgesehen sind. Bisher lag das chinesische Kontingent bei 20.435 t. Ursprünglich hatte die Volksrepublik gefordert, ihre Textilquote auf 60.000 t zu erhöhen, so daß das jetzt erzielte Übereinkommen einen Kompromiß darstellt.

In den gut 40.000 t sind 18.000 t (bisher 11.500 t) Baumwollstoffe enthalten - eine Größe, die während der Verhandlungen am meisten umstritten war. Die Franzosen wollten z.B. den Chinesen lediglich 14.000 t Baumwollstoffe zubilligen. Durch Anwendung flexibler Bestimmungen im Abkommen, wie z.B. der Ausschöpfung der 2.000 t-Quote für synthetische Gewebe, kann die 18.000 t-Quote für Baumwolle bis auf ca. 20.000 t angehoben werden.

Insgesamt unterliegen vierzehn Produkte dem Abkommen, darunter die acht umstrittenen: Baumwollgarne, Baumwollgewebe, Kunstfasern, T-Shirts, Pullover, Hosen, Blusen und Hemden. Die vierzehn im Abkommen erfaßten Erzeugnisse machen rd. 10% der chinesischen Textilausfuhren aus, die sich hauptsächlich aus Rohseide, Wolle, Baumwolle und handgeknüpften Teppichen zusammensetzen.

Als Gegenleistung haben die Chinesen einer Selbstbeschränkungsklausel zugestimmt. Darin ist vorgesehen, daß China bei Marktstörungen die Exporte in die EG stoppen wird. China verpflichtet sich außerdem, der Europäischen Gemeinschaft einen laufenden Zugang zu den genannten textilen Rohstoffen zu gewähren.

Außerdem unterbreitete die Delegation der Europäischen Gemeinschaft in Peking unter Leitung von Sir Roy Denman den Chinesen weitere Zugeständnisse in Hinsicht auf eine Öffnung des EG-Marktes für chinesische Erzeugnisse:

- Verlängerung der EG-Liberalisierungsliste um weitere Produkte (z.B. Ton- und Porzellanfiguren, medizinische und Hygieneartikel, bestimmte Glas-erzeugnisse)

- Ausdehnung bestehender Quoten für einzelne Länder (z.B. Spielzeug und Schuhe für die Bundesrepublik Deutschland, Möbel für Dänemark, Geschirr für Großbritannien und Frankreich, Handschuhe, Schuhe und Regenschirme für die Benelux-Staaten)

- Aufnahme Chinas in das System Allgemeiner Präferenzen der Europäischen Gemeinschaft ab 1980, d.h. Zollfreiheit bzw. Zollermäßigungen für eine

Reihe von Erzeugnissen, die Roy Denman zufolge eine Kürzung der Zolltarife auf chinesische Produkte über einen Zeitraum von acht Jahren um 30% von bisher 9,5 auf 6,7% ausmachen.

- Außerdem wird der Volksrepublik China der Status der Meistbegünstigung entsprechend dem Handelsabkommen eingeräumt werden.

Diese Zugeständnisse der Europäischen Gemeinschaft an die Volksrepublik sind ein Schritt zur Verringerung des Handelsdefizits der VR mit der EG im Jahre 1978. Nach Angaben Denmans betragen die europäischen Ausfuhren nach China 1978 1,841 Mrd. US\$, während die chinesischen Exporte 1,159 Mrd. US\$ ausmachten, was einen Überschuß von 682 Mio. US\$ zugunsten der EG bedeutet. Dieser Überschuß könnte sich nach Ansicht Denmans 1979 noch aufbauen. Für die Chinesen sei dies der Anlaß, mehr Entgegenkommen von ihren europäischen Partnern zu verlangen.

Inzwischen hat der EG-Ministerrat dem Textilabkommen grundsätzlich zugestimmt, nachdem Frankreich seinen Vorbehalt offiziell zurückgezogen hatte, wodurch das Abkommen als paraphiert gilt. Die Vereinbarung muß jetzt noch von den neun EG-Regierungen gebilligt werden, sie wird bis dahin aber schon auf einer De-facto-Basis angewendet (NZZ, 22.7.79; FEER, 3.8.79; AWSJ, 20.7.79; NfA/BfA, 24. 27.7.79).

- ga -

(38) Chinesisch-französisches Standardisierungsabkommen unterzeichnet

Am 8. Juli wurde in Hangzhou zwischen China und Frankreich ein Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Standardisierung unterzeichnet. Es sollen Dokumente und Informationen ausgetauscht und Rundreisen von Experten durchgeführt werden. Im März hatten die Chinesen schon mit dem deutschen DIN-Institut ebenfalls ein Abkommen über Normierungs- und Standardisierungsfragen getroffen (XNA, 8.7.79).

- ga -

(39) Chinesisch-philippinischer Handelsvertrag schreibt Öllieferungen fest

Die chinesischen Öllieferungen an die Philippinen werden sich auch in den kommenden beiden Jahren nicht erhöhen, obwohl die philippinische Seite sich darum bemühte. Dies wurde im Rahmen eines allgemeinen chinesisch-philippinischen Handelsabkommens festgesetzt. Wie bisher wird die Volksrepublik jährlich als Minimum 8,8 Mio. Barrel an Rohöl liefern, allerdings zu erhöhten Preisen, die aber unter Selbstpreisniveau für Rohöl liegen. Zusätzlich wird China erstmals weiterverarbeitete Ölprodukte, wie Benzin, Dieselmotorenstoff und Kerosin, an die Philippinen liefern. China wird von den Philippinen Zucker, Kokosnußöl und Kupferprodukte beziehen. Im vergangenen Jahr waren die chinesischen Lieferungen an die Philippinen jedoch doppelt so hoch wie seine Käufe in diesem ASEAN-Land.

- ga -

(40) Neue Luftverkehrsabkommen mit den Philippinen und Großbritannien

Im chinesisch-philippinischen Handelsvertrag wurde ebenfalls eine Übereinkunft über den Luftver-

kehr zwischen beiden Ländern getroffen. Als erster Gesellschaft wurde der Philippines Air Lines (PAL) dabei erlaubt, sowohl die Volksrepublik als auch Taiwan anzufliiegen. Bislang hatten die Chinesen immer darauf bestanden, daß Fluglinien, die den Luftverkehr mit der Volksrepublik aufnehmen, Taiwan nicht mehr anfliegen. Die Japan Air Lines (JAL) richteten deshalb für den Taiwandiens eine eigene Gesellschaft ein, die Japan Asia Airways.

Zukünftig wird Taiwan bei der PAL allerdings nicht mehr als Staat, sondern als Region geführt werden. Hinter der taiwanesischen Luftlinie China Air Lines wird in Klammern das Wort "Taiwan" eingefügt werden. Gleiches gilt auch für die eigenen Veröffentlichungen der taiwanesischen Luftlinie in den Philippinen. Eine Reihe weiterer Regelungen sollen mögliche Reibungspunkte klein halten, z.B. ist vorgesehen, daß sich An- und Abflüge der China Air Lines (Taiwan) und der Civil Aviation Administration of China (CAAC, VR-Linie) in Manila nicht überschneiden und nicht gleichzeitig Flugzeuge in den Philippinen haben (AWSJ, 10.7.79).

Ein Vorvertrag, ein "Memorandum of Understanding", sieht zudem eine gemeinsame Gesellschaft zum Bau zweier 500-Zimmer-Hotels in Peking und Kanton vor. Die PAL soll mit 49% daran beteiligt sein, das chinesische internationale Reisebüro mit 51%. 60% der Materialien und der Arbeitskräfte werden von den Philippinen geliefert. Nach zehn Jahren sollen die Hotelbauten in chinesischen Besitz übergehen (AWSJ, 11.7.79).

Ein Ende Juli vereinbartes Luftfahrtabkommen mit Großbritannien sieht vor, vom 1. April 1980 an regelmäßig Flüge zwischen London und Peking unter Einbeziehung Hongkongs durchzuführen. Die British Airways wird Peking zunächst zweimal in der Woche über seine Kronkolonie anfliegen. Die CAAC würde zweimal pro Woche über den Nahen Osten nach London fliegen. Später würde die British Airways Peking nicht mehr über Hongkong, sondern dann ebenfalls über den Nahen Osten anfliegen (Reuter, 26.7.79).

Ein weiteres Anzeichen für die wachsende Einbindung des innerchinesischen Luftnetzes in den internationalen Flugverkehr ist die Eröffnung einer internationalen Transitfluglinie von Hongkong über Kanton und Kunming nach Lincang (Provinz Yunnan). Außerdem könne laut chinesischen Angaben der Kanton-Baiyuan-Flughafen als Ausweichflughafen für Hongkong dienen (BRu, Nr.31/79).

- ga -

(41) Vormarsch der japanischen Elektroindustrie in China

Der große japanische Konzern für Verbraucherelektronik, Matsushita Electric Industrial Company, ist mit einem Plan an die Öffentlichkeit getreten, in einem Verbundprojekt der wichtigsten japanischen Elektronikunternehmen ein Gemeinschaftsunternehmen in China zu errichten. Es soll danach in China ein Joint Venture der gesamten japanischen Elektronikindustrie und der chinesischen Teilhaber errichtet werden, das den gesamten japanischen technischen und Know-how-Export und alle schon in China betriebenen Unternehmen mit japanischer Beteiligung umfaßt.

Führende Köpfe des Konzerns wie ihr Präsident Yamashita haben diesen Japan-Plan ihren inländischen Konkurrenten, wie z.B. Toshiba, Hitachi und

Mitsubishi, unterbreitet. Bislang sind die Reaktionen auf den Vorschlag jedoch eher zurückhaltend. Denn es scheint so, daß die japanischen Firmen lieber ihre individuellen Bemühungen um den chinesischen Markt fortsetzen wollen. Ihre bisherige Erfolgsliste ist jedenfalls beträchtlich:

Sanyo Electric Co. hat einen Vertrag mit den Chinesen abgeschlossen, Radiogeräte in Schanghai montieren zu lassen, für die die Teile aus Hongkong angeliefert werden. Pläne existieren, eine neue Elektronikfabrik in Schanghai zu errichten. Anfang Juli hat das Unternehmen nach eigenen Angaben einen Auftrag zur Lieferung von 200.000 Schwarzweiß-Fernsehgeräten und 300.000 Kassettenrekordern erhalten.

Sony Co. exportiert hochentwickelte Ausrüstungen, wie z.B. Videogeräte. Inzwischen wurde ein Vertrag abgeschlossen, der die Lieferung von ebenfalls 200.000 Schwarzweiß-Fernsehgeräten an China im Laufe von sechs Monaten von Juli an vorsieht.

Es wird davon ausgegangen, daß China einschließlich dieser beiden genannten Aufträge ca. 1 Mio. Fernsehgeräte in Japan bestellt hat. Weitere Schätzungen der japanischen Industrie sprechen von Aufträgen von insgesamt 580.000 Kassettenrekordern, 120.000 Farbfernsehgeräten, 470.000 Schwarzweiß-Bildröhren und anderen Teilen für ca. 100.000 Schwarzweiß-Fernsehgeräte (JEJ, 10.7.79).

Hitachi hat in diesem Monat begonnen, Anlagen zur Herstellung von Farb-Bildröhren an China zu liefern. Toshiba hat die Erlaubnis erhalten, Ausrüstungen zur Fertigung integrierter Stromkreise für Farbfernsehgeräte zu liefern, und auch Matsushita, Initiator des Gemeinschaftsplans, hat einen Vertrag mit den Chinesen, in Schanghai ein Werk zur Herstellung von Schwarzweiß-Bildröhren zu errichten (The Economist, 21.7.79).

Dieser Einfuhrschub von Fernsehgeräten und anderen Erzeugnissen der Elektronikbranche ist offensichtlich von den Chinesen dazu ausersehen, in Wissenschaft und Forschung und im Schulbereich eingesetzt zu werden. Ganz wesentlich sollen diese Produkte aber die im Lande ansteigende Kaufkraft abschöpfen, die aufgrund der neuesten Lohnerhöhungen bzw. der Entschädigungszahlungen an rehabilitierte Kader entstanden ist. Für die japanische Elektroindustrie ist die Volksrepublik zur Zeit noch ein wichtiger Absatzmarkt vor allem ihrer elektronischen Erzeugnisse. In Zukunft wird China allerdings immer mehr eine lukrative Fertigungsstätte werden, wo die japanische Industrie vor allem billige Arbeitskräfte vorzufinden hofft.

Japans Handel mit China betrug in der ersten Jahreshälfte 3,34 Mrd.US\$, 56,3% mehr als Mitte 1978. Diese Zahl veröffentlichte die Japan External Trade Organization (JETRO). Japans Exporte stiegen auf 2,05 Mrd.US\$ (+66,2%) und spiegeln darin Chinas großen Bedarf an Technologie und Ausrüstungen wider. Die Importe betragen 1,29 Mrd.US\$ (+42,7%).

China wurde damit der viertgrößte Käufer japanischer Erzeugnisse, es kam für 4,3% der japanischen Ausfuhr auf. Ein Jahr vorher kaufte die Volksrepublik 2,7% der japanischen Exporte und nahm damit den siebten Platz ein. Für das ganze Jahr 1979 wird ein Handelsvolumen von 6,5-7 Mrd.US\$ erwartet - gegenüber 5,79 Mrd.US\$ 1978 (AWSJ, 20.7.79).

- ga -